

TOP: 20

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

Datum

Drucksache-Nr.:01-79-2016

Federführendes Amt :Hauptamt

10.10.2016

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Stadtverordnetenversammlung	03.11.2016					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Änderung der Geschäftsordnung für eine stärkere Bürgerbeteiligung

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beauftragt die Stadtverwaltung Kremmen, die Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, dass im Rahmen der Ausschüsse der Stadt Kremmen und der Ortsbeiräte es den Bürgerinnen und Bürgern bzw. Zuhörerinnen und Zuhörern erlaubt ist, Fragen und Anregungen zu Tagesordnungspunkten während der Behandlung der entsprechenden Tagesordnungspunkte zu stellen. Der Entwurf der geänderten Geschäftsordnung soll den Abgeordneten zur nächsten Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt werden.

Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch : UWG / LGU-Fraktion

.....
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

In der bisherigen Fassung der Geschäftsordnung und Hauptsatzung der Stadt Kremen wird den Bürgerinnen und Bürgern bei der Beratung von Themen in den Ausschüssen und Ortsbeiräten nur eine sehr restriktive Beteiligung im Rahmen der Einwohnerfragestunde ermöglicht. Gerade bei brisanten Themen, wie kürzlich der Kitasatzung im Kultur- und Sozialausschuss, wird damit eine echte Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern bei der Behandlung von Tagesordnungspunkten erschwert. Insbesondere sind die Zuhörerinnen und Zuhörer vom Wohlwollen der/des Vorsitzenden und der Ausschuss- bzw. Ortsbeiratsmitglieder abhängig, inwieweit eine Diskussion bzw. Rederecht zugelassen wird. Es wäre jedoch wünschens- und erstrebenswert, auch im Rahmen der Transparenz und Demokratie, dass gerade in den Ausschüssen und Ortsbeiräten die Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern per Geschäftsordnung erlaubt würde, um auf diese Art der Politikverdrossenheit von Bürgerinnen und Bürgern entgegen zu wirken.

gez. Arthur Förster
Fraktionsvorsitzender UWG/LGU

.....

.....